



---

*Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten*

---

**2018/0358M(NLE)**

5.12.2019

# **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für internationalen Handel

zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss – im Namen der Union – des Investitionsschutzabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits  
(2018/0358M(NLE))

Verfasserin der Stellungnahme: Isabel Wiseler-Lima

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für internationalen Handel, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass die Wirtschaftsentwicklung und der Multilateralismus wichtige Instrumente sind, mit denen das Leben der Menschen verbessert werden kann; weist darauf hin, dass eines der Ziele des Investitionsschutzabkommens darin besteht, die Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen der EU und Vietnam im Einklang mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu stärken sowie Handel und Investitionen unter uneingeschränkter Achtung der international anerkannten Menschenrechte, der Umweltschutznormen und -übereinkommen und der Arbeitsnormen und -übereinkommen zu fördern;
2. bedauert, dass die Kommission zum Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Vietnam keine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte durchgeführt hat, was im Widerspruch zu der Entscheidung der Europäischen Bürgerbeauftragten von 2015 steht und dem EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie zuwiderläuft; fordert die Kommission auf, umgehend eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte durchzuführen; weist darauf hin, dass die Kommission auch zugesagt hatte, eine Ex-post-Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen durchzuführen;
3. begrüßt, dass die EU und Vietnam den politischen Dialog verstärken und im Rahmen der institutionellen Mechanismen nach Artikel 35 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens und Artikel 13 des Freihandelsabkommens Menschenrechtsangelegenheiten zur Sprache gebracht werden können; bekräftigt, dass mit diesen Artikeln in Verbindung mit einem System regelmäßiger Bewertungen ein Instrumentarium bereitgestellt wird, mit dem Menschenrechtsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Investitionsschutzabkommens angegangen werden können, dies aber damit einhergehen muss, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den jeweiligen Sachverhalt eingehend prüfen und dass ein unabhängiger Überwachungs- und Beschwerdemechanismus eingerichtet wird, der betroffenen Bürgern und Interessenträgern wirksame Rechtsmittel und ein Werkzeug an die Hand gibt, mit denen sie gegen etwaige negative Auswirkungen auf die Menschenrechte vorgehen können; stellt fest, dass eine Vertragspartei zwar einseitig angemessene Maßnahmen ergreifen kann, wenn sie der Ansicht ist, dass die andere Vertragspartei in erheblichem Maße gegen das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen verstoßen hat, dass diese Maßnahmen jedoch im alleinigen Ermessen der jeweiligen Vertragspartei liegen und in der Vergangenheit nur in sehr seltenen Ausnahmefällen angewendet wurden;
4. betont, dass die Vertragsparteien gemäß Titel VI des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens vereinbaren, bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und in den Bereichen Geschlechtergleichstellung, Klimawandel, Migration, Gesundheit, schulische und berufliche Bildung und sozioökonomische Angelegenheiten sowie bei einer Reform der öffentlichen Verwaltung zusammenzuarbeiten, damit sich die von der EU geförderten hohen Normen und Werte

in den anstehenden Reformen in Vietnam niederschlagen, was auch die Umsetzung internationaler Menschenrechtsinstrumente, denen Vietnam beigetreten ist, betrifft; stellt mit Besorgnis fest, dass sich die Lage der Menschenrechte seit dem Inkrafttreten des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens verschlechtert hat;

5. hebt hervor, dass die Vertragsparteien und Investoren alle einschlägigen internationalen Menschenrechtsnormen und -verpflichtungen achten müssen; betont, dass die Investoren gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte Verantwortung tragen; weist erneut darauf hin, dass Unternehmen die internationalen Menschenrechts- und Umweltschutznormen achten müssen; fordert die EU und Vietnam auf, im Wege der Zusammenarbeit einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Kinderarbeit auszuarbeiten, der auch den erforderlichen Rahmen für die Unternehmen umfasst;
6. unterstützt uneingeschränkt ein kontinuierliches, wahrhaftiges und ergebnisorientiertes Engagement für die Menschenrechte zwischen der EU und Vietnam, unter anderem im Rahmen des bilateralen Menschenrechtsdialogs und anderer hochrangiger Treffen von Bedeutung für bilaterale Investitionen; fordert, dass der jährliche Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Vietnam unter Einbeziehung von unabhängigen ortsansässigen Organisationen der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidigern gestärkt wird; betont in diesem Zusammenhang, dass die Kommission und der EAD in besonderem Maße berücksichtigen müssen, dass die unabhängige Zivilgesellschaft unnachgiebig unterdrückt wird und aus Angst vor Verfolgung und Vergeltung großteils im Untergrund tätig ist; bedauert, dass Vietnam mindestens zweimal unmittelbar vor den Dialogen Aktivisten festnahm; beharrt darauf, dass es wichtig ist, im Rahmen der Dialoge konkrete Fälle anzusprechen und weiterzuverfolgen; bedauert, dass nach mehreren Runden des Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und Vietnam noch keine greifbaren Ergebnisse vorliegen; fordert, dass Informationen einschlägiger internationaler Organisationen im Rahmen dieser Dialoge geprüft werden und in den Dialogen auf konkrete Ergebnisse abgestellt wird;
7. hebt hervor, dass das Investitionsschutzabkommen einen wichtigen Beitrag zur Anhebung des Lebensstandards, zur Förderung von Wohlstand und Stabilität sowie zur Herbeiführung von Fortschritten bei der Rechtsstaatlichkeit, der verantwortungsvollen Staatsführung, der nachhaltigen Entwicklung und der Achtung der Menschenrechte in Vietnam leisten könnte, wobei gleichzeitig die EU in die Lage versetzt wird, die Verwirklichung der von ihr angestrebten Ziele des Friedens und der Stabilität in der Region voranzubringen; betont, dass alle Abkommen zwischen der EU und einem Drittland die Bedingung enthalten, dass die genannten universellen Werte zweifelsfrei gewahrt werden; ist besorgt darüber, dass gegenüber Investoren keinerlei Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte durchgesetzt werden kann;
8. stellt fest, dass durch die Rechtsprechung der Investitionsgerichtsbarkeit sichergestellt werden sollte, dass die Menschenrechtsnormen eingehalten werden; stellt fest, dass der Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger durch die mit Verfahren im Rahmen der Investitionsgerichtsbarkeit verbundenen hohen Kosten möglicherweise beschränkt wird; bedauert, dass der Zugang der Zivilgesellschaft zu Fällen und die Möglichkeiten der Mitwirkung der Zivilgesellschaft

an Fällen möglicherweise Beschränkungen unterliegen, weil Bestimmungen fehlen, mit denen die Mitwirkung von Amici curiae garantiert wird;

9. empfiehlt, dass das Parlament dem Abkommen nur dann seine Zustimmung erteilt, wenn die Empfehlungen dieser Entschließung rechtlich und faktisch verankert werden.

## VERFAHREN DES MITBERATENDEN AUSSCHUSSES

<b>Titel</b>	Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Sozialistischen Republik Vietnam andererseits
<b>Bezugsdokumente – Verfahrensnummer</b>	2018/0358M(NLE)
<b>Federführender Ausschuss</b>	INTA
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	AFET 24.10.2019
<b>Verfasser(in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Isabel Wiseler-Lima 30.9.2019
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	14.10.2019          2.12.2019
<b>Datum der Annahme</b>	4.12.2019
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ :                    48 - :                    8 0 :                    6
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Alexander Alexandrov Yordanov, Maria Arena, Traian Băsescu, Phil Bennion, Fabio Massimo Castaldo, Susanna Ceccardi, Włodzimierz Cimoszewicz, Gina Dowding, Tanja Fajon, Michael Gahler, Giorgos Georgiou, Raphaël Glucksmann, Klemen Grošelj, Bernard Guetta, Márton Gyöngyösi, Sandra Kalniete, Andrius Kubilius, Ilhan Kyuchyuk, David Lega, Nathalie Loiseau, Jaak Madison, Thierry Mariani, David McAllister, Vangelis Meimarakis, Sven Mikser, Javier Nart, Urmas Paet, Demetris Papadakis, Tonino Picula, Manu Pineda, Kati Piri, Diana Riba i Giner, Catherine Rowett, Nacho Sánchez Amor, Isabel Santos, Jacek Saryusz-Wolski, Radosław Sikorski, Sergei Stanishev, Hermann Tertsch, Idoia Villanueva Ruiz, Viola Von Cramon-Taubadel, Irina Von Wiese, Witold Jan Waszczykowski, Charlie Weimers, Isabel Wiseler-Lima
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter</b>	Andrea Cozzolino, Arnaud Danjean, Loucas Fourlas, Jytte Guteland, Andrzej Halicki, Martin Horwood, Katrin Langensiepen, Hannah Neumann, Juozas Olekas, Kris Peeters, Bert-Jan Ruissen, Mick Wallace, Javier Zarzalejos, Bernhard Zimniok
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 209 Abs. 7)</b>	Heidi Hautala, Gilles Lebreton, Geoffrey Van Orden

## NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

48	+
ID	Bernhard Zimniok
NI	Fabio Massimo Castaldo, Márton Gyöngyösi
PPE	Alexander Alexandrov Yordanov, Traian Băsescu, Arnaud Danjean, Loucas Fourlas, Michael Gahler, Andrzej Halicki, Sandra Kalniete, Andrius Kubilius, David Lega, David McAllister, Vangelis Meimarakis, Kris Peeters, Radosław Sikorski, Isabel Wiseler-Lima, Javier Zarzalejos
RENEW	Phil Bennion, Klemen Grošelj, Bernard Guetta, Martin Horwood, Ilhan Kyuchyuk, Nathalie Loiseau, Javier Nart, Urmas Paet, Irina Von Wiese
S&D	Maria Arena, Włodzimierz Cimoszewicz, Andrea Cozzolino, Tanja Fajon, Raphaël Glucksmann, Jytte Guteland, Sven Mikser, Juozas Olekas, Demetris Papadakis, Tonino Picula, Kati Piri, Nacho Sánchez Amor, Isabel Santos, Sergei Stanishev
VERTS/ALE	Gina Dowding, Heidi Hautala, Katrin Langensiepen, Hannah Neumann, Diana Riba i Giner, Catherine Rowett, Viola Von Cramon-Taubadel

8	-
ECR	Bert-Jan Ruissen, Jacek Saryusz-Wolski, Hermann Tertsch, Geoffrey Van Orden, Witold Jan Waszczykowski, Charlie Weimers
GUE/NGL	Manu Pineda, Mick Wallace

6	0
GUE/NGL	Giorgos Georgiou, Idoia Villanueva Ruiz
ID	Susanna Ceccardi, Gilles Lebreton, Jaak Madison, Thierry Mariani

Erläuterungen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung